



## Newsletter 10.2011

### der Freien ArbeiterInnen Union (FAU) Bielefeld

### FÜR EINE KÄMPFERISCHE GEWERKSCHAFT !!!

nächstes Treffen der Lokalföderation:  
**! Montag, 24.Oktober, 19.30 Uhr in der Bürgerwache !**

**1. GEGEN DIE ARBEIT. Über die Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris 1936-38.**  
Buchvorstellung und Lesung mit Michael Seidman, Historiker der University of North Carolina, Wilmington/USA

**am Mittwoch, 12.Oktober  
um 20.00 in der Bürgerwache (Raum 07)**

**2. Demonstration**

**gegen Ausgrenzung, Abschiebung und rassistische Migrationspolitik**  
am 22.Oktober 2011, 13:30h Bielefeld Hbf

**3. Anarchistische Gruppe im Infoladen: selb(A)machen**

**4. Anarcho-Abend**

mit **Fred Alpi**, Ari & Rott, Anarcho-**Syndikalismus**-Vortrag  
am Samstag, 5.11. ab 17.30Uhr, in Detmold, Alte Pauline

**5. Discrimi\*nation**

Anti-Faschistische **Demonstration** am 29.Okt.2011, 13.12 Uhr in Höxter

**6. Erfolgreiche Konferenz** für gewerkschaftliche Aktionsfreiheit

**7. Lesetipp:**

a) Syfo- Forschung & Bewegung

Mitteilungen des Instituts für Syndikalismusforschung - Nr.1 - 2011

b) Philippe Kellermann: Marxistische Geschichtslosigkeit

Von Verdrängung, Unwissenheit und Denunziation: Die (Nicht-)Rezeption des Anarchismus im zeitgenössischen Marxismus

**8. Direkte Aktion #207** (September/Oktober 2011)

**9. Join the Unions**

- FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL

- s(A)m/ASJ Bielefeld

**10. Termine im September**

## **1. GEGEN DIE ARBEIT. Über die Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris 1936-38**

**Buchvorstellung und Lesung mit Michael Seidman, Historiker der University of North Carolina, Wilmington/USA**

Die spanische Revolution 1936-1939 und die sozialen Bewegungen im Frankreich der Volksfront-Regierung bilden noch immer wichtige Bezugspunkte von Bewegungen, die Kapitalismus und jede Herrschaft aufheben wollen. Aber stimmen unsere Wahrnehmungen und „Lehren“, die aus den vielfältigen individuellen und kollektiven Formen des damaligen Arbeiterwiderstands gezogen wurden?



Michael Seidmans materialreiche historische Studie zeigt, dass in Spanien wie in Frankreich unter unterschiedlichen Bedingungen radikale Praktiken der Arbeitsverweigerung anhielten, ja sogar aufblühten. Revolution hieß für die Arbeiter und Arbeiterinnen in Barcelona und Paris nicht mehr, sondern weniger arbeiten. Die Aufhebung der Lohnarbeit rückt durch diese Studie wieder ins Blickfeld der Gesellschaftsutopie.

Zwangsläufig konzentriert sich Seidman dabei auf den Kern der spanischen Revolution, nämlich die Abläufe in den Betrieben. Damit hebt sich sein Werk ab von der teils romantischen, vielfach jedoch auf die Front fixierten Literatur zum spanischen Bürgerkrieg. Das Buch veranschaulicht, dass sich aktuelle Diskussionen zur Kritik der wachstums-, profit- und produktionsorientierten Wirtschaft auf eine untergründig verlaufende, proletarische Verweigerungstradition beziehen können.



Michael Seidman ist Historiker an der University of North Carolina in Wilmington, USA. Er lebte Ende der Siebzigerjahre in Paris und promovierte 1982 in Amsterdam über das Thema dieses Buches. In seinen Forschungen zeigt er ein besonderes Interesse für soziale Bewegungen und individuelle Aktionen.

**Mittwoch, 12. Okt. 2011, 20.00 Uhr**

**Bürgerwache, Rolandstr. 16, 33615**

**Bielefeld, RAUM 07**

**Veranstaltung der Freien Arbeiter\_innen Union - Lokalförderung Bielefeld**

## **2. Demonstration**

**gegen Ausgrenzung, Abschiebung und rassistische Migrationspolitik  
am 22. Oktober 2011, 13:30h Bielefeld Hbf**



*Wir dokumentieren den Aufruf des „Aktionsplenum gegen Ausgrenzung und Abschiebung“:*

Die brutale Abschottung Europas gegen Migrant\_innen und Flüchtlinge hat allein seit Anfang 2011 im Mittelmeerraum 1.931 Todesopfer gefordert. Täglich sterben an den Außengrenzen Europas Menschen, die in die Europäische Union gelangen wollen. Als Mitgliedstaat der EU ist Deutschland wesentlich an dieser Politik beteiligt und unterstützt unter anderem mit dem Einsatz von Frontex die Abschottung der EU-Außengrenzen und damit das Massensterben im Mittelmeerraum.

Innerhalb Deutschlands wird diese menschenverachtende Asyl- und Migrationspolitik systematisch fortgeführt. Die Gesetzgebung sowie die Praxis der staatlichen Behörden wirken gezielt auf die Entrechtung von Flüchtlingen hin. Die Lebensrealität derjenigen, die es überhaupt schaffen nach Deutschland zu gelangen ist von Entwürdigung, Ausgrenzung und Rechtlosigkeit geprägt. Zugleich wird eine rassistische Migrationspolitik vorangetrieben, die Migration auf die ökonomische

Verwertbarkeit reduziert und nur die Menschen willkommen heißt, die der Bundesrepublik mehr Geld einbringen. Wir haben das alles satt und werden diese Politik nicht länger hinnehmen!

Gerade weil von staatlicher Seite versucht wird, diese Praxis rassistischer Diskriminierung möglichst ‚unsichtbar‘ zu machen, wollen wir sie am 22. Oktober deutlich sichtbar machen und unsere Wut auf die Straße tragen! Auch in Bielefeld finden viele Schritte statt, die Abschiebungen, rassistische Ausgrenzung und die Entrechtung von Flüchtlingen erst möglich machen.

#### **Leben in Deutschland als Flüchtling bedeutet unter anderem:**

- Internierung in Asylheimen, Lagern, Containern und in Abschiebehaft
- ein Leben weit unter dem finanziellen Existenzminimum
- die Beschränkung der Bewegungs- und Reisefreiheit
- Status der ‚Duldung‘
- unzureichende medizinische Versorgung
- ständige Kontrollen
- gewaltsame Abschiebung

#### **Und in Bielefeld?**

Hier befindet sich eine der drei zentralen Ausländerbehörden (ZAB) NRWs. Ihre Aufgabe ist es, Abschiebungen vorzubereiten und durchzuführen. Sie soll dafür sorgen, dass eine Abschiebung ‚reibungslos‘ verläuft, das heißt unter anderem, dass für Personen ohne Pass Passersatzpapiere besorgt werden und eventuelle ‚Hindernisse‘ wie z.B. die Reiseunfähigkeit einer Person aus dem Weg geräumt werden müssen. Neben der ZAB sind in Bielefeld unter anderem ebenfalls die kommunale Ausländerbehörde sowie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge tagtäglich an der Vorbereitung und Durchführung von Abschiebungen beteiligt. Sie alle sind Teil der rassistischen Abschottungspolitik und müssen abgeschafft werden.

#### **Widerstand - Was tun?**

Die Widerstandsbewegungen von Flüchtlingen und Unterstützer\_innen sind vielfältig und richten sich immer wieder erfolgreich gegen rassistische Ausgrenzung und gegen das menschenverachtende Abschiebesystem. Wir müssen nicht passiv zusehen, wie die bundesdeutsche Regierung die Menschenrechte unserer Mitmenschen missachtet und ihr Leben und ihre Sicherheit gefährdet. Allein 2008 konnten 377 Abschiebungen verhindert werden – in 220 Fällen konnte dies durch den Widerstand der Betroffenen erreicht werden und in 76 Fällen haben Piloten sich geweigert zu fliegen.

#### **Abschiebungen stoppen! Für ein Recht auf Bewegungsfreiheit!**

**Stop deportation! Freedom of movement!**

**Pour un arrêt d'expulsion et pour le droit de la liberté de mouvement!**

**¡Que paren las deportaciones y derecho a la libertad de circulación!**

Sa. 22.10.2011

start 13:30 bielefeld hauptbahnhof

### **3. Anarchistische Gruppe im Infoladen: selb(A)machen**

Aus der angekündigten Initiative zur Gründung einer Anarcho-Syndikalistischen Jugend in Bielefeld (vgl. Newsletter 04.2011) hat sich inzwischen eine mehr als 3 Monate bestehende anarchistische Gruppe unter dem Namen selb(A)machen entwickelt. Das (ASJ Bielefeld) wird eingesetzt, wo der Vernetzungszusammenhang betont werden soll. Trotz der Namensänderung sind bei unserer Gruppe doch einige Prinzipien gleich geblieben: sAm ist eine offene Gruppe, die sich bewusst auch als "ersten Einstieg" in die politische Organisierung sieht und eine Alternative zu Grüner Jugend, Linksjugend, etc. sein kann. Außerdem sind wir derzeit in der ASJ regional und bundesweit vernetzt und gefördert. Wie unser Name reflektiert, haben wir uns nach dem Gründungstreffen entschlossen weiterhin der Idee zu folgen, den Anarcho-Syndikalismus nicht als ideologische Richtschnur zu nutzen, sondern uns vielfältig weiterzubilden, auch wenn wir mit vielen anarcho-syndikalistischen Ideen etwas anfangen können. Das Element der Jugend haben wir fallen gelassen, weil wir es für ausschließend halten.

Unsere Aktivitäten reichen von Aktionen und Propaganda während der Fukushima-Proteste (damals noch als "Vorbereitungsgruppe") über einen gut besuchten Workshop zum Thema Anarchismus bis hin zu einem solidarischen Engagement im diesjährigen (und bisher größten) Freiraumcamp an der Universität.

Wir plenieren wöchentlich um 18.30h im Infoladen Anschlag an der Heeperstr. 132 und treffen uns unregelmäßig alle 2 Wochen um ein Inhaltstreffen abzuhalten, bei dem wir diskutieren, träumen und uns weiterbilden können. Du bist herzlich eingeladen dich einzubringen!

#### **4. Anarcho-Abend mit Fred Alpi, Ari & Rott, Anarcho-Syndikalismus-Vortrag, am Samstag, 5.11. ab 17.30Uhr, in Detmold, Alte Pauline**

Am Samstag den 5. November 2011 gibt einen netten Anarcho-Abend in Detmold im Kulturzentrum alte Pauline:

- ab 17.30 Uhr gibt es einen Vortrag der FAU Hannover zum Thema „Was ist eigentlich Anarcho-Syndikalismus?“
- ab 20.00 Uhr spielen Ari & Rott Sommerregenrevolutionsromantik-Musik zum Zuhören.
- ab 22.00 Uhr spielen Fred Alpi und Gilles Fegeant aus Paris eine libertäre Mischung aus Rock ,n Roll, Blues, Chansons...

Veranstalter\_innen sind die „alte Pauline“, die „FAU Bielefeld“ und das „[libertäre netzwerk lippe]“



#### **5. Discrimi\*nation, Anti-Faschistische Demonstration am 29.Okt.2011, 13.12 Uhr in Höxter**

In der Lütmaserstraße in Höxter stehen mehrere Häuser, die als „Flüchtlingsunterkünfte“ genutzt werden. Diese Häuser werden von der Stadt Höxter zur Verfügung gestellt. In diesen Häusern müssen ca. 40 Menschen unter katastrophalen Umständen leben. Abseits der guten deutschen Mitte, sollen sich die Asylsuchenden so unauffällig wie möglich verhalten. Wer unter ständiger Zukunftsangst leben muss kann es sich eben nicht leisten aufzufallen. Unauffällig bleibt nur, wer sich den bürokratischen und polizeilichen Repressionsmechanismen fügt. Diese Unterdrückung formuliert sich unter anderem durch Residenzpflicht, Essensmarken, ungeklärten Aufenthaltstatus und Schikane der örtlichen Behörden. Wer sich dennoch auffällig verhält, sei es bewusst oder unbewusst, muss mit harten Sanktionen, Haft in Abschiebeknast oder der direkten Abschiebung rechnen. Als ob das nicht genug wäre, sind die Bewohner\_innen dem alltäglichen Rassismus der Musterdeutschen um sie herum ausgesetzt. Beleidigungen und Benachteiligung sind Alltag .Ob in der Schule, in den Ämtern, auf der Straße, beim Einkaufen bzw. einlösen der Essensmarken. Auch das Empfangen von Besuch ist ihnen nur bis einschließlich 10 Uhr erlaubt und wer sich dem solidarisch in den Weg stellt, dem wird vom Hausmeister gedroht, angezeigt zu werden. In den Ämtern wird jungen Aktivist\_innen erzählt, dass in den „Asylantenunterkünften“ Vergewaltiger und Kriminelle leben, sie sollten aus diesen Gründen den Kontakt zu den Bewohnern abbrechen. Das werden wir sicher nicht und wir werden weiter hin unsere Freunde im „Flüchtlingsheim“ unterstützen und mit ihnen für ein menschenwürdiges Leben kämpfen! Wir fordern alle aufmerksamen Bürger auf sich ebenso zu verhalten. Solidarität macht stark!

#### **Wir wollen kein Stück vom Kuchen...**

Doch wir wollen nicht nur vor Ort was verändern .Wir kritisieren das Gesamtkonstrukt Staat, Nation, Kapital und arrangieren uns nicht mit der Festung Europa. Wir sehen es nicht ein, dass Staat und Grenzen, Rassismus und Aus- bzw. Eingrenzung von Menschen verursachen. Zudem haben wir kein Verständnis, für weltweite Kriege in denen Globalplayer wie Deutschland und andere Staaten mitmischen, um Wirtschaftsinteressen durchzusetzen. Sei es direkt mit militärischen Einsätzen oder latent durch Waffenexporte. Leider beruht das kapitalistische System auf dem Recht des Stärkeren und somit löst dies zwangsläufig Krisen und Kriege aus .Wer sich nicht behaupten kann im endlosen Wettbewerb zu anderen, bleibt auf der Strecke und muss sehen wo er bleibt .So auch die tausenden Flüchtlinge die aus verschiedensten Gründen wie Armut, Krieg, prekäre Wirtschaftssituation, Klimawandel etc. flüchten, um sich eine neue Existenz aufzubauen. Dies scheitert allerdings oft an erfunden Grenzen, welche zur Kontrollierbarkeit von Staat, Kapital und „Volk“ herrlich geeignet sind. Wer als Humankapital verwertbar ist und dem Standort rentabel erscheint darf bleiben, wer hingegen aus reinen Existenzängsten ohne besondere Attraktivität für die Wirtschaft bzw. dem Staat in die Nation flüchtet, braucht seine Koffer gar nicht erst auszupacken oder wird von der Grenzpolizei wie Frontex zurück in die alte „Heimat“ geschickt.

#### **Der ganze andere Scheiß!**

Wer es doch als Flüchtling ins Land schafft und als Asylsuchender anerkannt wird oder seltener Weise Bleiberecht erhält, lebt meistens trotzdem am Existenzminimum und ist Hetzrednern\_innen



und beispielsweise islamophoben Menschen wie Thilo Sarrazin ausgeliefert. Es ist nämlich traurige Realität, dass Rechtspopulisten\_innen und Konservative fremdenfeindliche, sexistische, homophobe, nationalistische und reaktionäre Inhalte in die Gesellschaft tragen. Es wird versucht eine deutsche Leitkultur der Mitte zu konstruieren, neben der es keine legitimen politischen Ansichten gibt. Diese werden oft als extrem und demokratiefeindlich, von Nationalkonservativen definiert und so mit Rechtsradikalen auf eine Stufe gestellt. Die eigenen fremdenfeindlichen und rassistischen Doktrin werden verschleiert und der Mitte der Bevölkerung schmackhaft gemacht und somit gegen Migrant\_innen, Feminist\_innen, Homosexuelle und Linke mobil gemacht. Allerdings lassen wir uns nicht kriminalisieren und halten es für unumgänglich weiterhin für eine befreite Gesellschaft zu streiten.

### **Nazis und Dorftrottel**

Das sich Nazis in dörflicher Gegend wohlfühlen ist kein Geheimnis. So ist auch bekannt, dass es im Kreis Höxter eine gut organisierte Nazikameradschaft namens „FK Höxter“ gab. Diese löste sich allerdings nach Angaben des Staatschutzes im Jahr 2010 auf, nachdem sie sich im Westfalen Nord-Bündnis organisierte. Trotzdem ist keine Entwarnung angebracht, denn die Nazis lösen sich nicht einfach in Luft auf, sondern agieren zum großen Teil im Untergrund weiter und finden Anklang bei rassistischem Stammtischgerede und antisemitischen Verschwörungstheorien am Lagerfeuer. Aus diesem Grund ist es weiterhin notwendig antifaschistische Präsenz zu zeigen und offensiv gegen jeden Versuch neonazistischer Organisation vorzugehen. Höxter bleibt keine Homezone für Nazis und wir werden alles daran legen das dies so bleibt.

Ein Kurzporträt über die „Freie Kameradschaft Höxter“ findet ihr über [www.discrimination.de.vu/](http://www.discrimination.de.vu/)

### **In offener Feindschaft mit dem Bestehenden**

Auf den deutschen Alltag mit seinen Unterdrückungsmechanismen und Wettbewerbseifer haben wir keinen Bock. Und auf Nazis erst recht nicht, darum ist ebenso wichtig, dass wir nie aufhören Widerstand zu leisten, wenn Nazis in Erscheinung treten. Wir träumen von einer Welt weit abseits des kapitalistischen Normalzustandes. Eine emanzipatorische und solidarische Gesellschaft ohne Rassismus, Sexismus, Homophobie und Antisemitismus ist möglich und wir wollen dafür eintreten. Wir wollen Grenzen überwinden und Herrschaftsstrukturen abschaffen. Außerdem ist es uns wichtig linksradikale Theorie und Praxis nach außen tragen und progressive gesellschaftliche Entwicklungen zu fördern.

**Her mit dem Schönen Leben! Und zwar für alle!**

**Am 29.10.2011 antifaschistische, linke Politik in Höxter auf die Straße tragen und für ein menschenwürdiges Leben von Flüchtlingen kämpfen!**

**NO NATION! NO BORDER**

(Dokumentation des Aufrufs)



## **6. Erfolgreiche Konferenz für gewerkschaftliche Aktionsfreiheit**

Am 10. September fand in Kassel ein bemerkenswertes Ereignis statt - eine gewerkschaftsübergreifende Konferenz zum Thema Tarifeinheit. Eingeladen hatte die Initiative "Hände weg vom Streikrecht - für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit".

Da noch nicht alle Protokolle vorliegen, können wir an dieser Stelle z.T. nur Stichpunkte wieder geben.

Nach der Begrüßung der rund 40 GewerkschafterInnen, die aus allen Teilen des Landes angereist waren und der Einführung in den Tagungsablauf, stellte sich die Kasseler "Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaft" vor, die die Veranstaltung unterstützte.

### **Block 1**

Die Konferenz bestand aus mehreren Themenblöcken, gleich nach der Begrüßung gab es das Highlight des Tages, der Kollege Wolfgang Däubler - einer der führenden Arbeitsrechtler dieses Landes - stellte in einem tollen Vortrag seine politisch-gewerkschaftliche Einschätzung zur Gesetzesinitiative von DGB/BDA zur Tarifeinheit vor. Dabei gab es eine Reihe von Detailinformationen, die hoch interessant waren.

So wußten sicherlich nicht viele Menschen, dass bei den Geheimverhandlungen von ver.di, IGM und IG BCE mit den Arbeitgebern (BDA, Metall und Chemie) nur die Vorsitzenden der beteiligten Gewerkschaften involviert waren. Selbst die Vorstandsmitglieder wussten nicht, was da vereinbart werden sollte, als die Informationen dann durchsickerten, haben aber alle Vorstandsmitglieder die Sache geschluckt und sich nicht getraut zu opponieren.

Die Vorsitzenden der übrigen DGB-Gewerkschaften waren ebenfalls nicht informiert und durften ebenfalls nur abnicken.

## **Block 2**

Nach einer längeren Diskussion sollten dann die anwesenden (nicht-DGB) Gewerkschaften ihre Einschätzung zum Thema Tarifeinheit und zu eingen vorab gestellten Fragen darstellen.

Es begann mit dem Bericht eines Kollegen von der GDL-Verkehrsbetriebe aus München über die Tarifverhandlung bei den Münchner Verkehrsbetrieben. Der Arbeitgeber bezahlt in dem speziellen Tarifvertrag einen Zuschlag von 50 Euro monatlich, wenn der/die Betroffene ver.di beitrifft und damit der spezifische Tarifzusatz gilt (...).

Den anschließenden Beitrag von der FAU wollen wir hier ausführlicher wiedergeben, da er uns schon vorliegt:

»Ich sollte eigentlich beschreiben, wie wir in der FAU die DGB/BDA Initiative (zur Einschränkung des Streikrechts) einschätzen. Während dem wunderbaren Beitrag von Wolfgang Däubler und der anschließenden Debatte habe ich festgestellt, dass unsere Einschätzung weitgehend mit dem Gesagten übereinstimmt. Ich möchte daher nur ein paar Punkte ergänzen.

Wenn Beschäftigte oder eine Gewerkschaft sich in einem Arbeitskampf für Verbesserungen ihrer Lebenssituation befinden, finden sie unsere Unterstützung. Das gilt selbstverständlich auch für die Spartengewerkschaften, die in den letzten Jahren wieder etwas Leben in die sonstige Friedhofsruhe der Arbeitswelt gebracht haben.

...Die Initiative von DGB und BDA war für uns ein existentieller Angriff auf das Streikrecht, die Koalitionsfreiheit und auf die Tarifautonomie.

Der DGB wollte dadurch sein bröckelndes Monopol vor unliebsamer Gewerkschaftskonkurrenz schützen und die Arbeitgeber sich die Ruhe in den Betrieben und dadurch niedrige Löhne sichern. Der Bundesregierung passte der Vorstoß, weil er ihre aggressive Standortpolitik, die auf Niedriglöhnen und geringen Streiktagen basiert, unterstützte. Die Interessen der Beschäftigten blieben dabei auf der Strecke.

...Aber das Auseinanderfallen der DGB/BDA-Initiative ist aus unserer Sicht nur ein Etappensieg. So haben wir an diesem Punkt auch eine andere Einschätzung, als der Kollege Däubler. Wir erwarten weitere Angriffe auf das Streikrecht. Interessierte Kreise aus Politik und Wirtschaft diskutieren weiterhin Mittel und Wege, das Streikrecht einzuschränken - etwa durch obligatorische Schlichtungsverfahren.

In einem der [Rechtsgutachten](#) zur "Tarifeinheit" - es war vom Wirtschaftsministerium (BMWi) beim RWI in Essen in Auftrag gegeben und ist im Internet verfügbar - hatten Wissenschaftler bereits dargelegt, dass der Gesetzentwurf von DGB/BDA ungerechtfertigt, voreilig und falsch sei und sie beschrieben, welche anderen effektiven Mittel es zu gegebener Zeit zur Beschränkung der Rechte von Gewerkschaften gäbe.

Auch die Vorstände von IG Metall, ver.di und IG BCE halten die Initiative für die "Tarifeinheit" weiterhin für richtig und werden versuchen, sie auf anderen Wegen durchzusetzen.

...Nach unserer Erfahrung war ein zentraler Punkt der Niederlage der Gewerkschaftsführungen die Tatsache, dass sich die DGB-Spitze mit den Unternehmerverbänden zusammengesetzt hat, um sich auf eine Einschränkung des Tarif- und Streikrechts zu verständigen. Das war für die Mitglieder inakzeptabel.

Auf einer Reihe von Diskussionsveranstaltungen der FAU mit Vertretern von ver.di und der IGM kam das deutlich zum Vorschein. Denn häufig wurde nur der Weg sich das Gewerkschaftsmonopol zu sichern kritisiert, nicht aber das Ziel!

Auf diesen Veranstaltungen kam auch immer wieder die These von einem Kuchen auf, der bei Arbeitskämpfen zu verteilen wäre. Wenn sich Berufs- oder Spartengewerkschaften höhere Löhne erkämpfen würden, bliebe für die anderen Beschäftigten weniger übrig. Die Erkenntnis, dass dort wo ein Kuchen ist, meistens auch eine Bäckerei sein muß, in der man sich bedienen kann, hat sich noch nicht überall herum gesprochen.

...Im Zuge der kommenden Auseinandersetzungen wollen wir von der FAU uns verstärkt für das uneingeschränkte Streikrecht einsetzen.

Das Recht auf Arbeitsverweigerung ist aus unserer Sicht Teil der persönlichen Selbstbestimmung und von daher ein grundsätzliches persönliches Menschenrecht, auch wenn es erfolgreich nur kollektiv ausgeübt werden kann.

Ein solches uneingeschränktes Recht auf Streik kann nicht auf wirtschaftliche oder tarifliche

Auseinandersetzungen beschränkt sein, sondern muss auch sogenannte "politische Streiks" umfassen. So zielt unser Interesse nicht nur auf die volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit ab, sondern ebenso auf ein umfassendes und unantastbares Recht auf Streik für alle abhängig Beschäftigten selbst, egal ob und wo sie gewerkschaftlich organisiert sind, oder auch nicht. Dass dieses Recht nicht von Regierungen, Parteien oder Gerichten erbettelt werden kann, sondern durch die Praxis erkämpft und durchgesetzt werden muss, ist uns klar.

Wir würden uns freuen, wenn diese Gedanken von anderen geteilt und in zukünftige Kämpfe eingebracht würden.«

Abgeschlossen wurde dieser Themenblock mit einem Kurzreferat von Samuel Greef, einem wissenschaftlichen Mitarbeiter der GH Kassel: "Warum sind unabhängige Berufsgewerkschaften entstanden?"

### **Block 3**

Der Nachmittag begann mit einem Einleitungsreferat von Willi Hajek, 10 Thesen zur Einleitung der Diskussion über "volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit", was das bedeutet und wie wir in Zukunft weiter daran arbeiten können. (Text im Anhang)

Die anschließende Diskussion erfolgte in Arbeitsgruppen, die sich auch mit dem Entwurf einer Abschlusserklärung befassten. Später wurden die Ergebnisse im Plenum zusammengefasst und die finale Fassung der "Kasseler Erklärung" einstimmig angenommen. (Text im Anhang)

Ebenfalls einstimmig verabschiedet wurde eine Solidaritätserklärung mit den Beschäftigten der Charité Facility Management GmbH (CFM) in Berlin, die sich im Arbeitskampf befinden.

Weitere Informationen werden in den nächsten Tagen auf <http://tagungtarifeinheit.wordpress.com> oder bei <http://www.labournet.de/GewLinke/> zu finden sein.

### **Tarifeinheit: 10 Thesen von W. Hajek**

#### **These 1:**

Die DGB - Gewerkschaften und speziell die IG-Metall hatten immer ihre Schwierigkeiten mit kritischen organisierten Minderheiten. Mit Gewerkschaftsausschlüssen wurde und wird versucht, die Einheit von oben wiederherzustellen. Demokratische Kultur ist bis heute ein Fremdwort geblieben in den DGB-Apparaten, ein gutes Beispiel sind die alternativen Metaller in Kassel, seit einem Jahrzehnt kritische Opposition gegen den Anpassungskurs der Mehrheitsbetriebsräte bei Mercedes, nach jeder Betriebsratswahl wieder mit Ausschlüssen bedroht.

#### **These 2:**

Die realen Arbeitsprozesse und die Bedingungen der Lohnarbeit haben sich weitgehend zu Ungunsten der abhängig Beschäftigten im letzten Jahrzehnt stark verändert. Prekarisierungsprozesse und Leiharbeit haben zugenommen, die Konkurrenz untereinander wie auch die Vereinzelung im Arbeitsprozess und drohende Entwertungen der Arbeitskraft sind zu einer großen Belastung geworden. Das Leiden bei der Arbeit, das burn-out, ist ein alltägliches Phänomen. Dieser Prozess stellt ganz neue Anforderungen an gewerkschaftliches Handeln, das Bedürfnis aber nach Gegenwehr und kollektivem Handeln ist nicht kleiner geworden.

#### **These 3:**

Beispiel bei der Deutschen Bahn : schon lange bestand und besteht unter den EisenbahnerInnen eine große Unzufriedenheit mit der mitgliederstärksten ehemaligen Gewerkschaft Transnet. Diese Gewerkschaft und ihr ehemaliger Vorsitzender Hansen trugen alle Belastungen der Eisenbahner mit, blockierten mit allen Mitteln die Gegenwehr. Jede Tarifrunde, zumeist als Geheimverhandlungen veranstaltet, vergrößerte die Unzufriedenheit unter den BahnerInnen und führte zu Übertritten in Spartengewerkschaften wie die GDL. Die GDL, überwiegend Lokführer und Zugbegleitungspersonal organisierend, wurde populär nicht nur durch konkrete Forderungen wie nach Verkürzung der Arbeitszeit, sondern auch durch die Forderung nach Transparenz und Öffentlichkeit der Verhandlungen. "Wenn es um unsere existentielle



Situation geht, dann wollen wir einbezogen werden und mitentscheiden" (Meinung vieler streikender Eisenbahner). Die Spartengewerkschaften haben schon eine lange Geschichte, wurden aber zumeist kaum in der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit wahrgenommen.

**These 4:**

Ähnliche Entwicklungen wie in der BRD haben wir auch in anderen westeuropäischen Ländern. Basisgewerkschaften wie die Sud-Solidaires in Frankreich, die CNT und die CGT in Spanien und die CUB und Cobas und einige andere in Italien sind ein lebendiger und dynamischer Faktor in der europäischen Gewerkschaftslandschaft.

**These 5:**

Die etablierten Gewerkschaften sind unfähig, diese Situation zu analysieren und ihre Praktiken zu ändern. Ihre Antwort ist die Orientierung auf den Staat und die herrschenden Parteien, um durch gesetzliche Maßnahmen die Streikrechte und die Mobilisierungsfähigkeit der Minderheits-, Sparten- oder Basisgewerkschaften einzuschränken und zu bekämpfen.

**These 6:**

Der Streik der GDL 2007 und die Popularität dieses Streiks haben die Voraussetzungen geschaffen, daß die Existenz von Gewerkschaften außerhalb des DGB in der weiten gesellschaftlichen Öffentlichkeit sichtbar wurde. Die heftigen Reaktionen der Gewerkschaft Transnet und des DGB gegen diesen Streik waren peinlich. Aktive GewerkschafterInnen innerhalb und außerhalb der DGB-Gewerkschaften organisierten die Solidarität und wurden teilweise abgemahnt oder mit anderen Schikanen bedroht (Nicht-Bereitstellen von gewerkschaftlichen Räumen).

**These 7:**

Vor diesem Hintergrund der zunehmenden Aktivitäten von Gewerkschaften im Flugverkehr (Piloten, Kabinenpersonal, Flugsicherung) und bei der Bahn entstand diese Gesetzesinitiative für die Tarifeinheit der Führungen von ver.di und des DGB, zusammen mit dem BDA und unterstützt von Konzernen wie der Lufthansa und der Deutschen Bahn.

**These 8:**

Unterschätzt haben diese Führungen in ihren Bunkern aber die Empörung und das eigenmächtige Handeln von Basisakteuren, die mit Veranstaltungen und Solidaritätsaktionen öffentlich tätig wurden. Auch engagierte Arbeitsrichter stellten sich quer und kritisierten diesen Angriff auf die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht. Unsere bundesweite Initiative "Hände weg vom Streikrecht - für gewerkschaftliche Aktionsfreiheit" ist aus diesem eigenmächtigen Handeln der lokalen Komitees zusammen mit dem Netzwerk der "Gewerkschaftslinken" entstanden. Gleichzeitig haben sowohl die Spartengewerkschaften wie der Marburger Bund, die GDL und andere betroffene Organisationen sich gemeinsam zu einem runden Tisch getroffen und Aktionen organisiert. Auf Veranstaltungen in Kassel, München, Berlin und anderswo haben sich Kollegen aus den verschiedensten Gewerkschaften - von der FAU, über interne ver.di-Kritiker bis zur GDL - zusammen mit Arbeitsrechtlern getroffen und gemeinsam überlegt, wie gegen dieses Gesetz zur Tarifeinheit vorgegangen werden kann. Der Rückzug des DGB aus dieser Initiative ist ein Erfolg dieser Bewegung. Das bedeutet aber nicht den Verzicht, sondern nur die momentane Einsicht, daß auf den kommenden Gewerkschaftstagen, besonders bei ver.di im September 2011, die "Tarifeinheit" politisch nicht durchsetzbar sein wird.

**These 9:**

In Zukunft werden sicherlich Streikbewegungen von Minderheitsgewerkschaften zunehmen, wichtig dabei ist, dass solidarische Initiativen versuchen, diesen Konflikten eine gesellschaftliche solidarische Orientierung zu geben und sie nicht einfach als berufsspezifische Konflikte einengen zu lassen.

**These 10:**

Perspektiven: Augenblicklich laufen mehrere Konflikte, die uns alle betreffen: Aktionen auf europäischer Ebene der Piloten gegen die Übermüdung, geplante neue Flugzeiten-Regelungen mit verminderten Ruhezeiten Tarifkonflikt der Fluglotsen in der Schlichtungsphase hier geht es um festgelegte Zwangsüberstunden (200 Std im Jahr) Tarifkonflikt der GDL für einen einheitlichen Tarifvertrag bei den Privatbahnen - gleiche Bezahlung der LokführerInnen.

Andere Konflikte werden kommen und für uns kann es wichtig werden, in unseren lokalen wie auch bundesweiten Zusammenhängen praktische Unterstützungsaktionen anzupacken, in denen gerade dieser gesellschaftliche Zusammenhang solcher berufsbezogenen Konflikte hergestellt wird z.B. auch Zusammenarbeit mit Nutzerinitiativen und Komitees wie Bahn für alle usw.



## **"Kasseler Erklärung"** **zum Ausstieg des DGB aus der DGB/BDA Initiative zur "Tarifeinheit"**

### **DGB/BDA Gesetzes-Initiative zur Tarifeinheit...**

Zusammen mit der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) hatten die Vorstände des DGB und seiner Einzelgewerkschaften im Juni 2010 mit ihrer Gesetzesinitiative zur Tarifeinheit versucht, das Streikrecht zu beschneiden. Minderheitsgewerkschaften sollte eine Friedenspflicht (und somit ein generelles Streikverbot) aufgezwungen werden. Damit verstiegen sich DGB und BDA dazu, einen Angriff auf die Koalitionsfreiheit zu führen.

### **...autoritäre Reaktion des DGB auf "gewerkschaftliche Landschaft in Bewegung".**

Die gesetzliche Herstellung einer "Tarifeinheit" hätte bedeutet, dass die jeweilige "Minderheitsgewerkschaft" nach Abschluss eines Tarifvertrages durch die in einer Branche oder einem Betrieb vorhandene "Mehrheitsgewerkschaft" nicht mehr hätte streiken dürfen. Der Versuch des DGB, über die Einschränkung des Streikrechtes dem wachsenden Einfluss von Spartengewerkschaften und Berufsverbänden zu begegnen, konnte vor allem durch die erfreuliche Protestwelle innerhalb der DGB-Gewerkschaften aber auch durch die eindeutig ablehnende Haltung maßgeblicher Arbeitsrechtler\_innen, gestoppt werden. Dazu trugen auch Aktionen und Veranstaltungen von Basisinitiativen, der FAU sowie Proteste von GDL, GDL-Stadtverkehr, Marburger Bund und anderen betroffenen Gewerkschaften bei.

Die Vorstände von ver.di, DGB und IG-Metall haben aber deutlich gemacht, dass sie weiterhin von der Richtigkeit ihrer Initiative überzeugt sind, und auf "anderen Ebenen" ihr Ziel weiterverfolgen wollen.

### **Wir lehnen dieses ignorante Verhalten gegenüber dem deutlich gewordenen Willen der gewerkschaftlichen Basis ab! Wir fordern die Führungsgremien der DGB-Gewerkschaften auf, keine weiteren Versuche zur Monopolisierung des Abschlusses von Tarifverträgen (und damit Beschneidung des Streikrechts) zu unternehmen. Demokratie im DGB...**

Die Beteiligung des DGB an der BDA-Initiative kam ohne Beschlussfassung - ja ohne jegliche Konsultation seiner Basis zustande. In den DGB-Gewerkschaften ist seit Jahren eine Zunahme undemokratischer Willensbildungsprozesse feststellbar. Von der Zentralisierung der Entscheidungsprozesse in den Vorständen bei ver.di und IG-Metall über die Nichtbeteiligung der IGM-Vertrauensleute bei der Aufstellung der Tarifforderung in der Tarifrunde 09/10 bis zu der gewerkschaftspolitisch äußerst bedeutsamen Entscheidung zur Beteiligung an der Tarifeinheitsinitiative der BDA - überall ist die Tendenz zur Entmündigung der gewerkschaftlichen Basis bemerkbar. Erklärbar wird dies nur, wenn wir diese Entdemokratisierung einordnen in die Anpassungspolitik des DGB und seiner Einzelgewerkschaften an die Profit- und Standort-Interessen des deutschen Kapitals. Da stören demokratische Prozesse zur Feststellung der Bedürfnisse und Interessen der KollegInnen an der Basis und eine kämpferische Tarifpolitik.

### **Wir treten für die Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten von Gewerkschaftsmitgliedern an der Willensbildung ein, auch und gerade in Situationen gewerkschaftlichen Kampfes! Vor allem wollen wir eine Transparenz bei Tarifverhandlungen.**

#### **...und in anderen Gewerkschaften.**

Spartengewerkschaften entschließen sich bei der Durchsetzung ihrer Tarifpolitik eher zu Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik als so manche Einzelgewerkschaft des DGB. Damit gelingt es ihnen, KollegInnen anzusprechen und einzubeziehen. Allerdings geraten auch sie in Widersprüche bei der Beteiligung von KollegInnen, wenn es um Entscheidungsprozesse über die Fortsetzung oder den Abbruch von Streiks geht. Auf der Grundlage einer grundsätzlich sozialpartnerschaftlich verorteten Politik sind - wie bei den DGB-Gewerkschaften - tendenziell undemokratische Prozesse feststellbar.

Sozialpartnerschaftliche Praktiken stehen einer konsequenten Durchsetzung der Interessen der KollegInnen entgegen. Standortideologie - ob auf betrieblicher, Konzern- oder nationaler Ebene - lehnen wir ab. Wir brauchen stattdessen übergreifende Solidarität gegen die Macht des Kapitals. Darüber hinaus wollen wir:

- Ausweitung statt Einschränkung des Streikrechtes! Das Recht auf politischen Streik bis hin

zum Generalstreik- müssen wir uns nehmen!

- Gemeinsam gegen Dumping-Politik der UnternehmerInnen und deren Pseudo-Gewerkschaften statt jeder für sich (DGB und Spartengewerkschaften).
- Solidarische Aktionen über alle Gewerkschaftsgrenzen hinweg statt sich gegenseitig zu blockieren!

Einstimmig angenommen auf der Tagung der Initiative "Hände weg von Streikrecht! - Für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit." Kassel, den 10.09.2011

Kontakt: peter.gerstmann(a)gmx.de

V.i.S.d.P.: Peter Gerstmann, Simmershäuser Str. 42a, 34125 Kassel

aus: [www.fau.org/artikel/art\\_110918-201052](http://www.fau.org/artikel/art_110918-201052)

## 7. Lesetipps

### a) Syfo- Forschung & Bewegung

Mitteilungen des Instituts für Syndikalismusforschung - Nr.1 - 2011

„Syfo - Forschung & Bewegung“ heißt das Mitteilungsblatt des Instituts für Syndikalismusforschung, dessen Leitsatz lautet, die heutige syndikalistische Bewegung in ihren Aktivitäten auf historisch-theoretischer Ebene zu begleiten. In diesen Mitteilungen werden in origineller Weise neueste Forschungsergebnisse vorgestellt und internationale Reportagen, Zeitzeugenberichte, seltene Fundstücke, Exklusivübersetzungen, Buch- und Filmbesprechungen, weitere Forschungsinitiativen sowie literarische Beiträge präsentiert. Zudem gewähren die Herausgeber den Leserinnen und Lesern einen Einblick in die konkrete Arbeit des Instituts: Archiv, Recherchen, Verarbeitung, Buchproduktion und Resonanzen auf deren Tätigkeit.

ISSN 2192-6980, ISBN 978-3-86841-057-0, 120 Seiten, 10 Euro



### b) Philippe Kellermann: Marxistische Geschichtslosigkeit

Von Verdrängung, Unwissenheit und Denunziation: Die (Nicht-)Rezeption des Anarchismus im zeitgenössischen Marxismus

In vier großangelegten Aufsätzen diskutiert Philippe Kellermann marxistische Arbeiten der Gegenwart auf ihr Verhältnis zum Anarchismus und kommt zu einem ernüchternden Ergebnis: Ob kritisch oder orthodox, im Marxismus tut man sich nach wie vor schwer mit dem Ernst nehmen einer Bewegung und Idee, die sich von Anfang an als Widerpart des „autoritären Sozialismus“ verstand und dessen Resultate noch heute die Menschen zu recht eher verängstigen, als dass sie uns zum Träumen und Kämpfen ermuntern.

Neben der Kritik an gegenwärtigen marxistischen Diskursen ist es die anarchistische Bewegung selbst, ihre ProtagonistInnen, Ideen und ihre Geschichte, welche in Umrissen skizziert und dargestellt wird, so dass in Ansätzen deutlich gemacht wird: Die sozialistische Bewegung war stets mehr, breiter und vielfältiger, als es das gängige Bild vermittelte. Es gibt vieles zu entdecken ...

ISBN 978-3-86841-060-0, 390 Seiten, 19,50 €



## **8. Direkte Aktion #207 (September/Oktober 2011)**

### **Themenschwerpunkt „Krise und Revolte“**

Aus dem Inhalt: Modell Deutschland: Ohnmacht in der Krise ► Krisen-FAQ ► Funktionsweise von Kultur und Medien in der Krise ► Libyen/Ägypten: Krise zwischen Krieg und Revolte ► Sie wollen uns zu Maschinen machen! – Ursprünge des Widerstandes gegen das Lohnsystem ► Ackern im Reaktorwasser: Leiharbeit in der Atomindustrie ► die neuen Freiwilligendienste: Bufdi, FSJ, FÖJ ► sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel u.v.m. auf 16 Seiten

### **In OWL gibt es die DA, soweit uns bekannt, zur Zeit in:**

Bielefeld: Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7, 33602 Bielefeld

Kontakte: [www.direkteaktion.org](http://www.direkteaktion.org) oder [www.fau.org/da](http://www.fau.org/da)

## **9. Join the Unions**

- FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL

**nächstes Treffen:**

**! Montag, 24.Oktober, 19.30Uhr !**

**in der Bürgerwache (Siegfriedplatz), Raum 102**

FAU Bielefeld, c/o Bürgerwache, Rolandstr.16, 33615 Bielefeld

eMail: faubi(ät)fau.org, Web: [www.fau-bielefeld.tk](http://www.fau-bielefeld.tk)

Die FAU ist eine anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsföderation, die aus lokalen Syndikaten und Gruppen besteht. Wo es welche gibt, erfährst du im Verzeichnis [vor Ort](#) oder [im Betrieb](#). Infos wie Du bei uns mitmachen kannst, findest Du in unseren [Statuten](#) und bei [Über uns](#)

- **selb(A)machen / Anarcho-Syndikalistische Jugend (sAm/ASJ)**

**Wir treffen uns dienstags um 18.30h  
im Infoladen Anschlag, Heeperstr.132**

<http://selbamachen.blogspot.eu/>

Glück und Freiheit!

# **IT´S TIME TO ORGANIZE !**

## **10. Termine im Oktober**

### **2./3.Okt. - Demo vorm AKW Grohnde !**

mit einer Dauermahnwache

Sonntag, 2.Oktober, ab 14.00 Uhr Demonstration, ab 15.00 Uhr Kundgebung am AKW

mehr: <http://grohnde.wordpress.com/grohnde/>

### **12. Okt., 20.00 Uhr - GEGEN DIE ARBEIT. Über die Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris 1936-38.**

Buchvorstellung und Lesung mit Michael Seidman, Historiker der University of North Carolina, Wilmington/USA

Mittwoch, 12.Oktober, um 20.00 in der Bürgerwache (Raum 07)

**15. Okt., ab 14.30 Uhr - [libertäres netzwerk LIPPE] - Treffen**

Sonntag, 15. Oktober 2011, ab 14.30 Uhr in der Papiermühle, Dörentrup-Hillentrup, Schwelentruper Weg 5

**22.Okt., 13.30 Uhr - Demonstration**

gegen Ausgrenzung, Abschiebung und rassistische Migrationspolitik  
Samstag, 22. Oktober 2011, 13:30h Bielefeld Hbf

**29.Okt., 13.12 Uhr - Discrimi\*nation**

Anti-Faschistische Demonstration  
Samstag, 29. Oktober 2011, 13.12 Uhr in Höxter

**29.Okt., ab 15.00 Uhr - Tausch und Trödelmarkt**

Der letzte Flohmarkt auf dem Siegfriedplatz in diesem Jahr  
Veranstalter: Bürgerinitiative Bürgerwache e.V.  
Samstag, 29. Oktober 2011, 15.00 Uhr, Siegfriedplatz

**5. Nov., ab 17.30 Uhr - Anarcho-Abend**

- ab 17.30 Uhr gibt es einen Vortrag der FAU Hannover zum Thema „Was ist eigentlich Anarcho-Syndikalismus?“  
- ab 20.00 Uhr spielen Ari & Rott Sommerregenrevolutionsromantik-Musik zum Zuhören.  
- ab 22.00 Uhr spielen Fred Alpi und Gilles Fegeant aus Paris eine libertäre Mischung aus Rock ,n Roll, Blues, Chansons...  
Samstag, 5. November 2011 in Detmold im Kulturzentrum „Alte Pauline“

**Links**

**mondo**

buchhandlung & galerie  
Elsa-Brändström-Str. 23 33602 Bielefeld  
tel. 0521.64163 fax. 0521.64193 [kontakt@mondo-bielefeld.de](mailto:kontakt@mondo-bielefeld.de)  
geöffnet: mo-fr 11.00 - 18.00 sa 11.00 - 14.00



<http://zuchthaus.free.de/syndikat-a/>

[www.ag-freie-bildung.org/](http://www.ag-freie-bildung.org/)  
info-café: dienstags



15 - 18 h in Raum C02-206



[www.a-sortiment.de/](http://www.a-sortiment.de/)



**Sozialforum Bielefeld**

<http://sozialforumbielefeld.blogspot.de/>

Wir treffen uns jeden 2. und 4. Dienstag um 17:30 Uhr im DIDF in der August Bebel Str. 74, in dem Gebäude der AWO.

[www.lippe-alternativ.tk/](http://www.lippe-alternativ.tk/)

**Kontakt/Treffen:** Kontaktieren könnt ihr uns über die unten stehende eMail-Adresse. Zu unseren Netzwerk-Treffen am 1. & 3. Samstag im Monat (siehe Termine) könnt ihr einfach so kommen. Na dann mal los...

**eMail-Adresse:** ainlippe(AT)riseup.net



**Bürgerwache Bielefeld**  
[www.bi-buergerwache.de/](http://www.bi-buergerwache.de/)

**Viertel Nr. 16 - Zeitung für Stadtteilkultur und mehr erschienen!**

Die neuste Ausgabe der Stadtteilzeitung »Viertel« liegt in der Bürgerwache sowie an öffentlichen Orten und Gastronomien im Stadtteil aus.

Die Ausgabe ist jetzt auch Online zugänglich unter:

[www.bi-buergerwache.de/seiten/aktuell.php](http://www.bi-buergerwache.de/seiten/aktuell.php)

Inhalt: Ausgabe Nr. 16 - Juni/Juli 2011

Ein-Euro ohne Perspektive +++ Geschäftlich dazwischengefunkt +++ Vermehrung auf dem Dach +++ Lies mir etwas vor! +++ Jeder kennt seinen Platz +++ »Es ist ein Geben und Nehmen« +++ Ein Kessel Buntes +++ +++ Der Kesselbrink war schon einiges +++ Erkenntnisse aus der Kleingartenkolonie +++ ...

**Viertel**